Zeitschrift: Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen

Herausgeber: Emanzipation

Band: 22 (1996)

Heft: 3

Artikel: "Wir wollen das Ganze, weil wir das Ganze wert sind" : ein Interview mit der Lesbenorganisation Schweiz

Autor: Blaser, Susy / Gerster, Eva / Purtschert, Patricia

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-361931

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

«Wir wollen das Ganze, weil wir das

Ein Interview mit der Lesbenorganisation Schweiz

Es war ein Skandal, der 1994 zum ersten Mal in der Schweizer Mediengeschichte zur Wahrnehmung von Lesben in einer breiten Öffentlichkeit geführt hat. Dass der Rummel um den FC Wettswil-Bonstetten nicht bloss zum Boulevard-Gag verkam, sondern zur Plattform für Lesben wurde, war kein Zufall. Seit sieben Jahren verschafft die Lesbenorganisation Schweiz (LOS) in zwar nebenamtlicher, aber professionell organisierter und kontinuierlicher Arbeit den Anliegen von Lesben Gehör und reagiert auf offenkundige und subtile Diskriminierungen. Die EMI sprach mit den Vorstandsfrauen Susy Blaser und Eva Gerster über die Geschichte und die aktuellen Tätigkeiten der LOS.

EMI: Was hat 1989 zur Gründung einer nationalen Lesbenorganisation geführt?
EVA: Die LOS-Gründung war eine Folge der Stonewall-Feierlichkeiten zu 20 Jahren Lesben- und Schwulenbewegung. An einem Lesbenmeeting, an dem sich etwa vierzig Lesbenaktivistinnen aus der ganzen Schweiz getroffen haben, besprachen wir die Möglichkeit, national aktiv zu werden. Es gab zwar bereits regionale und lokale Gruppen, ohne nationalen Zusammenschluss allerdings war es nicht möglich, politische Forderungen an die Öffentlichkeit zu tragen.

Erstaunlich ist, dass sich erst 1989 eine nationale Organisation bildete, nachdem sich Lesben seit den 70er Jahren regional und vor allem in den Städten organisiert haben.
SUSY: Vorher gab es die HACH, die homosexuelle Arbeitsgruppe Schweiz, die aber vorwiegend von Männern besetzt war. Die Organisation der Lesben folgte später, nachdem klar wurde, dass wir uns durch die HACH nicht vertreten fühlten.

EVA: Ausserdem, denke ich, ist die Basis kompetenter, lesbenpolitisch bewusster Frauen breiter als vor zehn Jahren. Es hat diese Zeit gebraucht, um den Schritt von Selbsthilfegruppen zu einer nationalen Politorganisation zu machen.

Wer sind denn «die Lesben», die die LOS vertritt?
SUSY: Das ist eine schwierige Frage, die wir uns auch immer wieder selber stellen. Klar ist, dass wir nicht alle Lesben vertreten können. Unser Ziel ist, gegen diejenigen Diskriminierungen etwas zu tun, die alle Lesben erfahren, wenn auch in unterschiedlicher Form. Die einen gehen bewusst damit um, andere weniger. Ich möchte mich vor allem für diejenigen einsetzen, die diese Diskriminierungen nicht länger hinnehmen wollen.

Aber ihr nehmt politisch nicht eine neutrale Haltung ein, sondern betreibt eine eher linksorientierte Politik.
EVA: Das ist die Gratwanderung, die wir machen müssen. Einerseits sind wir ein Sammelbecken mit zum Teil konservativen Mitfrauen, andererseits können wir nicht anders als «links» sein, weil unsere Forderungen in der jetzigen Gesellschaft revolutionär sind. Trotzdem, wir sind keine Partei. Wir müssen in der momentanen Phase so offen sein, dass sich im Prinzip alle zu Hause fühlen. Wir müssen erst eine Basis schaffen, ähnlich wie beim Beginn der Frauenbewegung, die sich ja mittlerweile in verschiedenste Richtungen aufgesplittert hat.

Kürzlich konnte die Petition «Gleiche Rechte für gleichgeschlechtliche Paare», die Ihr mitinitiiert habt, einen ersten Erfolg verzeichnen. Sie wurde von der zuständigen nationalrätlichen Rechtskommission als Postulat an den Bundesrat überwiesen, der jetzt mögliche Rechtsformen für gleichgeschlechtliche Beziehungen ausarbeiten soll. Wie bewertet Ihr diesen Entscheid?
SUSY: Ich denke, es ist ein wichtiger Schritt geschehen, wenn eine Kommission von rund zwanzig ParlamentarierInnen findet, jawohl, da ist ein Handlungsbedarf vorhanden.

EVA: Andererseits kann man nicht erwarten, dass diese Leute ohne weiteres einen sinnvollen Vorschlag ausarbeiten können, weil ihnen ausreichende Kenntnisse von realen Lesbenleben fehlen. Da bin ich eher skeptisch. Möglicherweise wird ein Vorschlag gemacht, bei dem wir sagen: «Oje, die haben nichts begriffen», und die richtige Debatte beginnt damit erst. Erst dann wird sich auch zeigen, ob ein Wille zur sachlichen Auseinandersetzung vorhanden ist oder ob eine Schnellbleiche gemacht wird, um die aufsässigen Lesben und Schwulen zu beruhigen. Optimistisch bin ich, weil ich denke, dass sich der gezeigte Wille schlecht zurücknehmen lässt. Es gibt auch keine Argumente gegen unsere Forderungen ...

Ganze wert sind.»

Susy Blaser (oben) und Eva Gerster (unten)

SUSY: Auch wenn wir nicht auf Anhieb unser Lieblingsmodell erreichen, ist es als grosser Fortschritt zu werten, dass wir nicht heterosexuellen Konkubinatspaaren gleichgestellt werden sollen. Da hat sich doch die Erkenntnis durchgesetzt, dass wir, im Gegensatz zu den heterosexuellen Konkubinatspaaren, noch nicht wählen können, ob wir heiraten wollen oder nicht.

Geht Ihr nun daran, einen Gesetzesvorschlag auszuarbeiten?

EVA: Wir haben es erwogen, aber eine solche Arbeit ist sehr aufwendig. Wir fanden auch, dass es nun am EJPD liegt, etwas zu liefern, das schliesslich über das Geld, Know-How, Material etc. verfügt, um einen solchen Aufwand zu betreiben. Ausserdem wird unsere Gleichberechtigung als politischer Auftrag dadurch ernstgenommen.

SUSY: Es wäre ausserdem schwierig gewesen, im Petitionskomitee und zwischen der LOS und Pink Cross Einigkeit zu erzielen. Es gab Punkte, über die wir nicht einig wurden, wie zum Beispiel, ob die Adoption von Kindern durch lesbische oder schwule Paare gefordert werden soll oder nicht. Deshalb ist die Petition entsprechend offen formuliert. Und nun ist der Ball nicht mehr bei uns ...

Aber um die Auseinandersetzung werdet Ihr nicht herumkommen.

EVA: Sicher nicht, aber wir wollten nicht, dass in einer frühen Phase ein Selbsthemmungsmechanismus einsetzt, dass wir uns zerstreiten und nichts mehr möglich ist. Das ist das letzte, was wir wollen. Wir sagen uns in der LOS immer wieder: Wir wollen pragmatisch sein und nur solche Sachen in Angriff nehmen, die reelle Erfolgschancen haben.

SUSY: Wobei sich natürlich die Frage stellt, was «machbar» bedeutet und was nicht. Wir hatten bei der Vorbereitung der Petition Differenzen mit den Männern, die die Adoption nicht miteinbeziehen wollten, weil sie befürchteten, das würde irgendwelche Leute verärgern. Für uns ist dieser Punkt aber unerlässlich.

EVA: Ich weiss auch von einzelnen Mitfrauen, und das ist natürlich ein Resultat der gesellschaftlichen Unterdrückung, dass sie selber unsicher sind, ob sie Kinder erziehen sollen. Das ist erschreckend, aber es ist auch Realität. Da sehe ich die Funktion der LOS, darin voranzuschreiten, Selbstbewusstsein zu markieren und das Ganze und nicht die Hälfte zu verlangen, weil wir das Ganze wert sind. In der Kinderfrage ist diese Haltung essentiell, weil das schon immer der grosse Spaltpilz der Gesellschaft in bezug auf Lesben und Schwule war. Die Kinderfrage ist sozusagen die Bastion der Heteros, die sie gerne behalten wollen. Da setzen sie an mit der grossen Diskussion über Natürlichkeit und Unnatürlichkeit, ohne Ahnung davon, dass viele Lesben Kinder haben, und dass diese Kinder einen Anspruch auf geregelte Verhältnisse haben.

Die Reform der Bundesverfassung wird ein entscheidender Schritt in eine gesetzlich abgestützte Gleichheit sein – falls es gelingt, die nötigen Änderungen zu erwirken. Was habt ihr unternommen?

SUSY: Ein Vorentwurf zur neuen Bundesverfassung ist ja bereits in die Vernehmlassung gegangen. Wir haben in unserer Stellungnahme die explizite Formulierung gefordert, niemand dürfe auf Grund ihrer oder seiner sexuellen Orientierung diskriminiert werden. Im Begleitbericht zum Vorentwurf wurde bei den Erläuterungen zu diesem Artikel das Diskriminierungsverbot aufgrund der sexuellen Orientierung erwähnt, im Verfassungstext selber fehlt es jedoch. Als zweites verlangen wir, dass das Recht auf Ehe auch gleichgeschlechtlichen Paaren gewährleistet wird. Ausserdem wird an verschiedenen Stellen der Begriff «Familie» verwendet. Hier fordern wir eine Anpassung dieses Begriffs, so dass unter «Familie» auch ein gleichgeschlechtliches Paar mit oder ohne Kinder gemeint sein kann. Wir haben zudem mehrere Institutionen und Organisationen zum Teil mit Erfolg aufgefordert, unsere Anliegen auch in ihren Vernehmlassungen zu berücksichtigen.

Ihr habt zum Humanmedizingesetz eine sehr ausführliche Vernehmlassung geschrieben. Was versprecht ihr euch davon?

«Es gibt keine Argumente gegen unsere Forderungen.» Eva Gerster
«Wir rechnen damit, mit der Zeit auch auf andere Frauen zählen zu können.» Susy Blaser

SUSY: Der Grund war vor allem, dass es das erste Gesetz ist, das Lesben explizit diskriminiert. Im Begleitbericht zum Gesetzesentwurf war zum ersten Mal von Lesben die Rede, allerdings nur, um sie vom Zugang zu Fortpflanzungstechnologien auszuschliessen. Da musste die Lesbenorganisation Schweiz natürlich reagieren. Die Diskussionen, die wir darüber im Vorstand hatten, führen auch zurück zur Frage, wen wir eigentlich vertreten. Wir fragten uns, was mit denjenigen Lesben sei, die ganz explizit gegen Fortpflanzungsmedizin Stellung beziehen. Fordern wir etwas, das sie als völlig daneben empfinden? Wir kamen zum Schluss, dass unsere Aufgabe darin besteht, Diskriminierungen zu eliminieren. Und die gibt es, solange nicht jede Lesbe frei wählen kann.

Habt ihr diese Vernehmlassung nicht mit dem Risiko geschrieben, dass sie in irgendeiner Schublade landet?

EVA: Doch, das ist klar. Aber es ging uns auch darum, Gedankenmaterial zum Thema Kinder zu sammeln, und eine ausführliche Dokumentation mit den aktuellen Forschungsresultaten zusammenzustellen. Damit haben wir die Möglichkeit zu zeigen: Es gibt Forschungsresultate, da habt ihr die Unterlagen. Wenn ihr sie überprüfen wollt, dann tut es, aber macht keine haltlosen Unterstellungen mehr, diese Zeiten sind vorbei.

Im Zusammenhang mit der Weltfrauenkonferenz habt ihr eine gewisse Enttäuschung über die Zusammenarbeit mit anderen feministischen Organisationen geäussert. Was erwartet, was fordert ihr von Feministinnen?

EVA: Ich erwarte von einer Feministin, und auch von einer entsprechenden Gruppierung, dass ihr Konzept von Frausein so offen ist, dass Lesben darin vorkommen. Die logische Folge wäre eine minimale Kenntnis über das Thema. Es nervt mich, wenn immer die Alibilesbe dabeisein muss, die sagt: «Aber die Lesben gibt es auch noch». Fehlt sie, bedeutet das meistens, dass die Lesben vergessen werden. Ähnlich, wie wenn bei gemischtgeschlechtlichen Gruppierungen Frauen nicht speziell sagen: «Da sind auch wir Frauen, und wir wollen, dass ...», funktioniert der Ausschluss von Lesben unter Frauen. Es scheint ein Mehrheitsprinzip zu sein, das nicht nur Männer verinnerlicht haben, dass Minderheiten, wenn sie nicht schreien und toben, einfach übergangen werden. Solange jedenfalls, bis ein gewisser Bewusstseinslevel vorhanden ist. Dass dieses Bewusstsein bei so wenigen heterosexuellen Feministinnen präsent ist, enttäuscht und verletzt.

Andererseits scheint es eine Schwierigkeit zu sein, dass die Lobbyarbeit unter den Lesben selber schlecht funktioniert. Viele Lesben politisieren ja in anderen feministischen Zusammenhängen, ohne dass sie bei lesbenpolitischen Fragen zusammenarbeiten.

EVA: Die eine Schwierigkeit ist, dass sich viele engagierte lesbische Frauen nicht outen und darum auch nicht explizit zu solchen Fragen Stellung beziehen. Es mag auch eine Generationenfrage sein. Von unserer Generation allerdings verlange ich das: Wenn eine für Frauenrechte einstehen kann, dann soll sie auch für ihre eigenen Rechte, die Rechte von Lesben, einstehen. Oder all die Lesben, die teuer nach Peking fliegen, warum sitzen sie dort und sprechen über alles, nur nicht über die Diskriminierung von Lesben? Das ist zum Wahnsinnigwerden!

Aber gerade im Zusammenhang mit Peking hat es mich erstaunt, dass die LOS nicht am Frauenforum zur Vorbereitung auf die Weltfrauenkonferenz anzutreffen war. Wäre dies nicht ein idealer Ort für den Aufbau einer Lobbyarbeit gewesen?

EVA: Wir sind an vielen Orten nicht anwesend, an denen wir sein sollten, weil wir Prioritäten setzen müssen. Es ist ja nicht so, dass Lobbyarbeit kein Thema für uns ist, im Gegenteil. Es ist einfach unsere Überlastung, die bewirkt, dass wir nur an der Peripherie solche Pläne besprechen können. Es reicht nicht aus, um etwas Konkretes auf die Beine zu stellen. Vor drei Jahren waren wir achtzig, heute sind wir vierhundertfünfzig Mitfrauen! Einige haben Lust, sich zu engagieren; das ist toll, bedeutet aber für uns auch, dass wir sie einarbeiten müssen.

SUSY: Wir führen eine permanente Diskussion darüber, wie wir unsere Energien einsetzen. Wir könnten drei und viermal so viele Frauen im Vorstand sein. Aufgrund unserer beschränkten Kapazität müssen wir immer wieder Prioritäten setzen. Dies führt dazu, dass wir oft nur dort agieren können, wo wir einen möglichst direkten Nutzen erzielen. Und umgekehrt rechnen wir damit, mit der Zeit auch auf andere Frauen zählen zu können. ●

Die Fragen stellte Patricia Purtschert.